

Handlungsfähig im Krisenfall

Bayerns Gesundheitsministerin Gerlach beruft Expertenrat Gesundheitssicherheit



© StMGP

Dem Expertenrat gehören unter anderem die Spitzenvertreter der zahnärztlichen Körperschaften in Bayern an.

„Die weltpolitische Lage ist angespannt. Krisen verschiedenster Art häufen sich. Von Pandemien über Cyberangriffe bis hin zu militärischen Konflikten: Das Gesundheitswesen muss sich für den Ernstfall

Bei der konstituierenden Sitzung des bayerischen Expertenrates Gesundheitssicherheit warnte BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl angesichts möglicher Krisen unter anderem vor einem Ethanolverbot durch die EU.

wappnen“, erklärte Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach, MdL, ihr Anliegen. Der von ihr einberufene Expertenrat soll sich alle drei Monate über den Umgang mit möglichen Krisenszenarien austauschen – etwa mit Pandemien, Naturkatastrophen und militärischen Konflikten.

Die Teilnehmer gaben der Ministerin auf den Weg, dass die derzeit bestehenden bürokratischen Auflagen dringend reduziert werden müssen, sonst würde schnelles Handeln im Krisenfall ausgebremst. BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl richtete

den Fokus auch darauf, dass aufgrund neuer EU-Vorgaben ein Ethanolverbot im Raum stünde. Das hätte gravierende Folgen für Praxen, Krankenhäuser und die Arzneimittelproduktion. „Ethanol ist ein unverzichtbarer Infektionsschutz. Ethanol als Desinfektionsmittel zu verbieten, während Alkohol als Genussmittel erlaubt bleibt, wäre angesichts möglicher Krisenszenarien ein Schildbürgerstreich mit tödlichem Ausgang.“

Julika Sandt
Leiterin der Stabsstelle Politik der BLZK

Europas Zahnärzte von Bürokratie erdrückt

Karlsbad: BLZK-Präsident Wohl fordert klare Lösungen



© privat

BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl (rechts) fordert massiven Bürokratieabbau – auch um die Zahnärzte vor Burn-out zu schützen.

Mit Blick auf die Medizinprodukteverordnung forderten die Präsidenten, dass Zertifikate für Produkte, die seit Jahren ohne Beanstandungen auf dem Markt sind und daher als sicher und zuverlässig gelten, dauerhaft und uneingeschränkt gültig sein sollten. Ein Verzicht auf die Rezerti-

Die Präsidenten der tschechischen, sächsischen, bayerischen, österreichischen und kroatischen Zahnärztekammern sowie des Verbandes für Zahnärzte und Implantologen in Europa trafen sich im traditionsreichen Kurort Karlsbad. Auf der Agenda standen die EU-Medizinprodukteverordnung sowie die psychische Gesundheit von Zahnärzten.

fizierung bereits etablierter Medizinprodukte wäre auch eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben.

Wie dringend Bürokratieabbau notwendig ist, wurde auch beim Austausch über die psychische Gesundheit von Zahnärzten deutlich. So liegt die Burn-out-Prävalenz unter Zahnärzten bei rund 13 Prozent. Viele leiden unter den ausufernden Verwaltungsaufgaben und der Einhaltung von Vorschriften, wie eine Studie der Uni Witten/Herdecke ans Licht brachte. Um die Kollegen vor Burn-out zu schützen,

forderte BLZK-Präsident Dr. Frank Wohl massiven Bürokratieabbau, damit die Arbeitszeit für das gesamte Team effizienter wird. Zudem sei eine faire Vergütung und Planungssicherheit dringend geboten, auch um Personal zu gewinnen und zu halten, das den Kollegen unter Stress den Rücken freihält. Die Einführung von Screening- und Interventionsprogrammen sollte bereits im Studium erfolgen, um Burn-out frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Julika Sandt
Leiterin der Stabsstelle Politik der BLZK